



FDP-Fraktion | 31.01.2013 - 01:00

Protest gegen den Einsatz von Kindersoldaten



Laut UN-Kinderrechtskonvention dürfen Minderjährige nicht als Soldaten eingesetzt werden. Dennoch gibt es weltweit etwa 250.000 Kindersoldaten. Als Zeichen des Protests sammelte die Kinderkommission zum Red Hand Day im Bundestag rote Handabdrücke. Die Bundesregierung engagiere sich mit Nachdruck gegen den Einsatz von Kindersoldaten in bewaffneten Konflikten, sagte FDP-Menschenrechtspolitiker **Pascal Kober**.

Kober verwies auf zahlreiche Projekte des Entwicklungsministeriums, die ehemalige Kindersoldaten bei der Reintegration in die Gesellschaft unterstützen. Für diese große Herausforderung stelle Deutschland finanzielle Mittel in mehrstelliger Millionenhöhe zur Verfügung, betonte er. Zudem gehe die Bundesregierung mit erheblichen diplomatischen Bemühungen gegen den Einsatz von Kindersoldaten vor. „Sie sehen, diese christlich-liberale Regierung setzt sich aktiv und erfolgreich für die Bekämpfung des Missbrauchs von Kindersoldaten ein“, unterstrich Kober.

So stellte die Regierung für Projekte in Burundi 13,5 Millionen Euro bereit. Sie unterstützt Projekte des UN-Kinderhilfswerks UNICEF für Gewaltopfer paramilitärischer Kampfeinheiten im Kongo, Südsudan, in Uganda und der Zentralafrikanischen Republik. Deutschland beteiligt sich zudem am UN-Friedenskonsolidierungsfonds. Dabei unterstützt die Regierung die Vereinten Nationen bei der Entwicklung von Trainingsmodulen für afrikanische Peacekeeper. Deutschland beteiligt sich darüber hinaus beim Aufbau einer Kinder- und Familienschutzstation bei der UN-Mission UNAMID in Darfur.

Red Hand Day bietet Gelegenheit für öffentlichen Protest

Für FDP-Jugendpolitikerin **Nicole Bracht-Bendt** (FDP) ist der Red Hand Day, der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten, eine Gelegenheit, „öffentlich die Hand zu heben gegen Gräueltaten, zu denen Kinder weltweit gezwungen werden“. Sowohl Armeen als auch bewaffnete Gruppen missbrauchten Minderjährige als Kindersoldaten und Arbeitskräfte, kritisierte das Mitglied der Kinderkommission. „Kinder sind anspruchsloser und billiger als erwachsene Soldaten. Und sie sind leichter zu manipulieren“, sagte sie. Oftmals würden Kinder mit Gewalt dazu gezwungen, Soldaten zu werden.

Die Liberale hob hervor, dass Kindersoldaten keine normale Entwicklung erleben. „Gewalt, sexueller Missbrauch, Trauer, Verlustängste und Isolation traumatisieren die Kinder.“ Fast alle litten unter großen seelischen Problemen – oftmals für den Rest ihres Lebens. Viele seien bereits im Krieg aufgewachsen und hätten nichts anderes kennengelernt. „Die einzige Methode, die sie zur Lösung von Konflikten erlernen, ist Gewalt“, warnte Bracht-Bendt. Auch nach dem Ende der Kämpfe bliebe ihnen oftmals nur die Armee. „In ihr Heimatdorf dürfen viele gar nicht mehr zurückkehren, denn die Opfer werden nun als Täter angesehen“, erklärte sie.

Die Situation der Mädchen ist besonders schlimm

Teilnehmer der Aktion zum Red Hand Day Besonders schlimm sei die Situation der Mädchen, sagte Bracht-Bendt. Zusätzlich zu den traumatischen Erlebnissen in den Armeen und Rebellengruppen seien sie häufig Opfer sexueller Gewalt. „Mädchen brauchen besondere Hilfe, um in ein normales Leben zurückzufinden“, erläuterte sie.

Deutschland unternehme viel, um dem Unrecht ein Ende zu bereiten, sagte die Liberale. Dabei arbeite die Bundesrepublik eng mit anderen Ländern zusammen. Die wichtigste Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation sei Bildung, unterstrich Bracht-Bendt.

Bracht-Bendt: Schattenbericht Kindersoldaten enthält unwahre Behauptungen

Bei der Aktion im Bundestag wurde der Schattenbericht Kindersoldaten 2013 überreicht, der von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen herausgegeben wird. Das Mitglied der Kinderkommission kritisierte „tendenziöse und unwahre Behauptungen“ in dem Papier. „Darin wird der Eindruck erweckt, als würden auch in Deutschland Kinder zum Dienst an der Waffe benutzt“, monierte Bracht-Bendt. Dagegen verwehre sich die FDP-Fraktion. Nur Freiwillige mit einem Mindestalter von 17 Jahren würden mit Zustimmung der Eltern zur Ausbildung in der Bundeswehr aufgenommen, betonte sie.

Kober äußerte deutliche Kritik in Richtung Linkspartei, die ebenfalls die Rekrutierung 17-Jähriger für die Bundeswehr moniert hatte. Die Situation bei der Bundeswehr sei in keiner Weise mit derjenigen von Kindersoldaten in bewaffneten Konflikten vergleichbar, betonte er. „Wir sollten gemeinsam voranschreiten im Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten in der Welt“, mahnte Kober. „Aber die Situation der Bundeswehr mit der Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten in Verbindung zu bringen, das ist nicht der Sache angemessen und führt am Ende zu keiner guten Politik.“

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/protest-gegen-den-einsatz-von-kindersoldaten-0#comment-0>